

Anfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	06.02.2013	2031/13
Absender		
Fraktion BIBS Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig	Sitzungstermin	
Gremium	Rat	19.02.2013
Betreff / Beschlussvorschlag		
Bezahlbares Wohnen in Braunschweig		

Die Braunschweiger Zeitung (BZ) berichtete am 12.09.2012 von dem Verbandstag des Verbandes der Wohnungswirtschaft (VDW) in Braunschweig, der über steigende Mieten und soziale Verdrängung debattierte. Der VDW-Direktor Bernd Meyer wurde dahingehend zitiert, dass die derzeit in Braunschweig entstehenden Wohnneubauten „vor allem im hochpreisigen Segment angesiedelt“ seien. Verbandsratsvorsitzender und Geschäftsführer der Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo), Rüdiger Warnke, kündigte im BZ-Artikel zudem an, die NiWo werde gemeinsam mit der Stadt Braunschweig einen Entwicklungsplan auf den Weg bringen, „der es ermöglichen soll, auch in der Innenstadt künftig günstigen Wohnraum anzubieten.“

Die Mitteilung der Verwaltung zur Entwicklung des Wohnungsbaus vom 10.07.2012 (Ds. 12485/12) zitierte eine Studie des Pestel-Instituts, das für Braunschweig im Jahre 2015 mit bis zu 3.000 fehlenden Wohnungen rechnete. Zur „Aktivierung von innenstadtnahen Entwicklungspotenzialen“ in Kooperation mit der NiWo wurde in der Mitteilung angekündigt, man wolle auf der Grundlage einer Marktanalyse zusammen mit den Wohnungsbaugesellschaften das weitere Vorgehen vereinbaren mit der Zielrichtung, „nicht nur hochwertige Eigentums- sondern auch bezahlbare Mietwohnungen“ in Braunschweig zu realisieren. Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Fragen:

1. Wie will die Verwaltung vor dem Hintergrund, dass in Braunschweig Wohnneubauten verstärkt im hochpreisigen Segment entstehen und sich die Stadt für die Zukunft nach eigener Aussage auf eine vermehrte Nachfrage nach

Wohnraum jeglicher Art einstellen sollte, gewährleisten, auch in Zukunft günstigen Wohnraum anzubieten?

2. Wie ist der Sachstand bzgl. der Ankündigung, zusammen mit der NiWo und ggf. der BBG, einen Entwicklungsplan für bezahlbaren Wohnraum auf den Weg zu bringen?
3. Mit Hilfe welcher konkreten Maßnahmen beugt die Stadt sozialer Verdrängung bzw. der Gentrifizierung in einzelnen Stadtteilen vor?

Dr. Wolfgang Büchs
(BIBS-Fraktion)